

KAPSCHACK DIREKT

NEWSLETTER IHRES BUNDESTAGSABGEORDNETEN
RALF KAPSCHACK



Inhalt

- Gute-Kita-Gesetz S. 2
- Mehr Geld für Kommunen S. 3
- Qualifizierung schafft Chancen S. 4
- Was kommt nach Hartz IV ? S. 5
- UN-Migrationspakt S. 7
- Arbeit ist mehr als Geld auf dem Konto S. 8
- Kurz und Knapp S. 9
- Unterwegs ... S. 10
- ... in Sachen Rente und guter Arbeit S. 12

Ausgabe 40 (12/2018)



Guten Tag,

ein bewegtes Jahr geht zu Ende. So viele Turbulenzen gab es in der deutschen und internationalen Politik selten. Die Verunsicherung in der Bevölkerung ist mit Händen zu greifen. Und die Volksparteien bekommen das deutlich zu spüren. Vor allem die SPD.

Widerwillig hat sie sich noch einmal in die große Koalition begeben, nachdem viele wichtige sozialdemokratische Themen im Koalitionsvertrag untergebracht werden konnten. Die Mitglieder stimmten mit großer Mehrheit zu, befriedet ist die Partei aber nicht.

Durch den Dauerstreit in der Union und schwere eigene Fehler – wie bei der Causa Maaßen, oder eine zu zögerliche Haltung wie beim Dieselthema – rückten Erfolge der Regierungsarbeit völlig in den Hintergrund. Statt über

den Sozialen Arbeitsmarkt, das Gute-Kita-Gesetz, die Stabilisierung des Rentenniveaus etc. redete die Republik über einen völlig außer Kontrolle geratenen Horst Seehofer oder einen amtsunfähigen Chef des Verfassungsschutzes.

Die SPD, auf dem dornigen Weg zu inhaltlicher Klärung und mutigeren Positionen macht es sich selbst nicht leicht. Dass der Ton der Diskussionen in der Gesellschaft rauer geworden ist, gut, das muss man zur Kenntnis nehmen. Aber auch in der Partei scheint manchmal der Kompass für notwendige solidarische Kritik verlorengegangen, wenn man sich Veröffentlichungen bei Facebook oder anderswo anschaut.

Wir haben in diesem Jahr einiges erreicht, was im vergangenen noch ausgeschlossen schien. Aber natürlich gibt es noch jede Menge zu tun. Weiter geht's in 2019.

Bis dahin eine ruhige Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Ihr



Gute-Kita-Gesetz: Qualität und Teilhabe für jedes Kind

Der Bund hat in den vergangenen zehn Jahren kräftig in den Ausbau der Kitas investiert. Mit dem [Gute-Kita-Gesetz](#) entlastet der Bund jetzt die Familien, unterstützt die Länder bei der Qualität der Kinderbetreuung und investiert bis zum Jahr 2022 5,5 Milliarden. Allein nach NRW fließen rund 1,2 Milliarden Euro. Der Deutsche Bundestag hat das Gute-Kita-Gesetz heute beschlossen, es soll zu Jahresbeginn 2019 in Kraft treten.



Auch die Wittener Kita Luisenstraße wird von dem Gesetz profitieren können. Bild: Raenmaen, CC BY-SA 4.0

Mit dem Gute-Kita-Gesetz wollen wir die Qualität in den Kitas verbessern und Familien bei den Gebühren entlasten. Dafür hat sich die SPD immer eingesetzt. Alle Kinder verdienen die gleichen Chancen auf gute Bildung. Unsere Kleinsten brauchen gut ausgestattete Kitas mit mehr Personal, längeren Öffnungszeiten oder einer besseren Ausstattung.

Gute Betreuung für Kinder darf weder vom Geldbeutel noch vom Wohnort der Eltern abhängen. Um kleinere Einkommen zu entlasten, sollen mit dem Gute-Kita-Gesetz sozial gestaffelte Elternbeiträge bundesweit eingeführt werden. Zusätzlich sollen Familien mit geringem oder ohne eigenes Einkommen von den Kita-Gebühren befreit werden. Wer etwa Kinderzuschlag oder Wohngeld erhält, muss nicht mehr für die Kita bezahlen.

Wo genau die Kindertagesbetreuung optimiert werden muss, wissen die Länder selbst am besten. Hierfür gibt der Bund ihnen einen Instrumentenkasten für mehr Qualität an die Hand: Mehr Betreuungszeit, mehr Personal, hochwertiges Mittagessen – wo auch immer die Länder Bedarf sehen, können sie nachsteuern.

Die CDU/FDP-Landesregierung in NRW muss das Gesetz jetzt zügig umsetzen, damit das Geld auch bei den Familien und den Kitas bei uns in NRW ankommt. Der Bedarf wächst schneller als die Zahl der Kita-Plätze. Die Eltern erwarten zurecht genügend gute Kita-Plätze und wir müssen jetzt endlich auch in NRW die unsozialen Kita-Gebühren abschaffen. Ein Vorstoß der SPD-Landtagsfraktion NRW, die Kita-Gebühren endgültig abzuschaffen, wurde in namentlicher Abstimmung am vergangenen Donnerstag abgelehnt. Zuvor hatten mehr als 135.000 Eltern in Massenpetitionen die Landespolitiker aufgefordert, die Kita-Gebühren in Nordrhein-Westfalen abzuschaffen.



Grundgesetzänderung: Mehr Geld für Kommunen vom Bund

Gute Nachrichten für die Städte im Ennepe-Ruhr-Kreis: Hoffentlich bald schon kann der Bund die Kommunen direkt bei der Finanzierung von Schulen und beim Bau von neuem bezahlbarem Wohnraum finanziell unterstützen. Der Bundestag hat mit einer entsprechenden Änderung des Grundgesetzes den Weg geebnet. Allerdings muss der Bundesrat noch zustimmen.



Der Bundesrat: Hier wird noch blockiert. Bild: Kirschblut, CC BY 2.0

Dass die Ministerpräsidenten eine Entscheidung derzeit blockieren, kann ich nicht nachvollziehen. Das kostet vor allem Zeit.

Wenn der Bundesrat jedoch grünes Licht gibt, kann der Bund die Länder und Kommunen bei ihren Investitionen in die beruflichen Schulen und die kommunale Bildungsinfrastruktur unterstützen. Wir wollen Ganztagsschul- und Betreuungsangebote ausbauen und verbessern und die Digitalisierung an Schulen vorantreiben – etwa mit WLAN, Tablets und elektronischen Tafeln. Das ist ein direkter Beitrag für mehr Bildungsgerechtigkeit.

Es muss unser Ziel sein, dass unsere Kinder die besten Voraussetzungen in den Schulen haben, dazu gehört auch eine zeitgemäße Ausstattung. Jede und jeder muss die gleichen Chancen haben. Das hat auch etwas mit Geld zu tun. Die Finanzierung muss der Bund mit stemmen. Länder und Kommunen alleine schaffen das nicht.

Umso irritierter bin ich angesichts der Blockadehaltung der Länder. Trotzdem bin ich sicher: Es wird eine Einigung geben, die die Zahlung von Bundesmitteln an die Länder ermöglicht.

Im Sinne der Bürgerinnen und Bürger sollte diese Einigung schnellstmöglich gefunden werden.

Die Grundgesetzänderung hilft auch dabei, den sozialen Wohnungsbau anzukurbeln. Bei uns im Ennepe-Ruhr-Kreis suchen jedes Jahr Hunderte Haushalte nach mitpreisgebundenen, günstigen Wohnungen. Sie finden aber keine – weil es immer weniger gibt. Das wollen wir ändern.



Weiterbildung, verbesserter Schutz und mehr Mitbestimmung

Die Digitalisierung verändert die Spielregeln unserer Arbeitswelt. Um den Anschluss zu behalten, wird es künftig immer wichtiger, vorhandenes Wissen zu sichern und Neues dazuzulernen. Dabei unterstützen wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren Betriebe. Mit dem [Qualifizierungschancengesetz](#), das Ende November im Deutschen Bundestag beschlossen wurde, wird ein umfassender Zugang zu Weiterbildungsförderung geschaffen und so qualifizierte Arbeitsplätze gesichert. Das hat natürlich auch einen positiven Einfluss auf die Menschen und Betriebe bei uns vor Ort.



Sebastian Ruhmann hat seine Ausbildung bei der Hattinger Firma Optimization Engineers mit Auszeichnung abgeschlossen. Er profitiert künftig von den neuen Chancen...

Beschäftigte, die von den Auswirkungen der Digitalisierung betroffen sind, sollen künftig eine Förderung für Weiterbildung durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) erhalten – und zwar sowohl für Lehrgangskosten als auch in Form von Zuschüssen zum Arbeitsentgelt. So soll der Digitale Wandel konstruktiv und zukunftsorientiert begleitet werden. Außerdem leiten wir damit den Umbau der Bundesagentur für Arbeit ein: hin zu einer Agentur für Arbeit und Qualifizierung. Denn es wird immer wichtiger, die Menschen mit Weiterbildung und Qualifizierung zu unterstützen bevor Arbeitslosigkeit eintritt. Das war auch im

Wahlkampf 2017 eine wichtige Forderung, die wir nun aufgegriffen haben.



... sich beruflich weiter zu qualifizieren, genauso wie Gerrit König (2.v.r.), der ebenfalls zu den besten Azubis seines Jahrgangs gehört.

Flexible Arbeitsformen nehmen weiter zu. Um gerade die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser abzusichern, die nicht ständig beschäftigt sind (das sind beispielsweise Schauspieler, Kamerafrauen, Bühnenbildner etc.), wird der Schutzbereich der Arbeitslosenversicherung erweitert. Sie zahlen derzeit oft in die Arbeitslosenversicherung ein, bekommen aber selten Arbeitslosengeld, weil sie die bisherigen Bedingungen oft nicht erfüllen. Wir bauen jetzt die soziale Absicherung für Menschen mit berufstypisch kurzen Arbeitsverträgen endlich aus. Dafür habe ich mich bereits in der vergangenen Wahlperiode eingesetzt. Nun konnten wir hier im Sinne der Beschäftigten etwas auf den Weg bringen. Das ist ein großer Erfolg, den es ohne die SPD nicht gegeben hätte. Trotz aller Leistungsverbesserungen in der Arbeitslosenversicherung ist es dennoch möglich, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber künftig spürbar zu entlasten: Die Beträge zur Arbeitslosenversicherung sinken ab dem 1. Januar 2019 um insgesamt 0,5 Prozentpunkte.



Was kommt nach Hartz IV?

Diese Frage beschäftigt die SPD wie kaum ein anderes Thema. Denn für viele ist „Hartz IV“ der Hauptgrund für den massiven Zustimmungs- und Vertrauensverlust der SPD seit Einführung der Agenda 2010.

Von der ursprünglichen Idee des „Forderns und Förderns“, die Menschen schnell wieder in Arbeit bringen sollte, ist für viele nur das Fordern übriggeblieben. Der Sozialstaat wird nicht als Hilfe, sondern eher als Bedrohung wahrgenommen.

Viele Menschen fühlen sich von den Behörden wie dem Jobcenter gegängelt. Der Hartz-IV-Satz als das Existenzminimum wird als zu gering angesehen. Bei Regelverstößen – z.B. wenn man Termine nicht wahrnimmt – kann der Satz noch gekürzt werden. Die Gefahr des materiellen Absturzes fördert die Angst, nach vielen Jahren der Erwerbsarbeit bei Arbeitslosigkeit alles zu verlieren, was sie bis dahin aufgebaut hat.

Nicht nur wegen der Debatte über die notwendigen Veränderungen bei Hartz IV, auch wegen der schwer abschätzbaren Auswirkungen der „Digitalisierung“ auf Beschäftigung und soziale Sicherung, hat die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) Zuspruch gewonnen, auch in der SPD. Der Grundgedanke ist, dass jede und jeder einen festen Betrag pro Monat – ca. 1000€ - vom Staat bekommt, unabhängig davon ob er oder sie arbeiten oder nicht. Wie das finanziert werden soll, ist weitgehend offen.

Ich halte nichts vom Bedingungslosen Grundeinkommen. Sozialleistungen mit der Gießkanne zu verteilen, kann dazu führen, dass Menschen unter dem Strich sogar weniger haben, als jetzt. Natürlich erscheint die Utopie eines Grundeinkommens, das die Menschen vom Zwang einer Erwerbsarbeit befreit sympathisch. Dabei schwingt auch die Hoffnung mit, dass Arbeitgeber so gezwungen wären gerechtere – sprich – höhere

Löhne zu zahlen, um Arbeit attraktiv zu machen. Ich befürchte genau das Gegenteil, Unternehmen könnten unter Umständen vor allem bei gering qualifizierten und bezahlten Tätigkeiten die Lohnschraube anziehen, mit Hinweis auf die ja schon vorhandene staatliche Unterstützung. So wie es jetzt schon bei Tausenden Aufstockern geschieht. Dass die Idee des BGE nicht zuletzt von Chefs großer Unternehmen massiv vertreten wird, sollte einem zumindest zu denken geben.



Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin, hat die Idee eines „Solidarischen Grundeinkommens“ vorgestellt.
Bild: Carolin Weinkopf

Das Bedingungslose Grundeinkomme würde nach meiner Einschätzung zu einem Wegfall vieler Zusatzleistungen des Sozialstaates, zu einer weiteren Verschlinkung des Staates führen.

Auf der nächsten Seite geht es weiter ...



... Fortsetzung von Seite 5

Die Gefahr einer noch größeren Entsolidarisierung der Gesellschaft wäre groß. Mit dieser Meinung stehe ich im Übrigen nicht allein. Bekannte Wissenschaftler wie Prof. Dr. Christoph Butterwegge, der ehemalige Kandidat der Partei „Die Linke“ für das Amt des Bundespräsidenten, sieht es ähnlich.

Hinter dem Schlagwort Bedingungsloses Grundeinkommen verstecken sich unterschiedliche Konzepte. Die einen hoffen damit quasi den Kommunismus im Kapitalismus vollenden zu können, während Neoliberale darin eine komplette Reduzierung des Sozialstaates auf ein Minimum sehen.

Auf beiden Seiten wird gerne mit dem Schreckensgespenst „Digitalisierung“ argumentiert. Seit Menschengedenken gibt es technischen Fortschritt, der immer wieder dazu geführt hat, dass ganze Branchen und Berufe verschwunden sind. Aber auf der anderen Seite sind durch technische Fortschritte immer wieder neue Jobs entstanden und in vielen Fällen kam es zur Reduzierung der Arbeitszeit. Dass Computer und Roboter Stück für Stück menschliche Arbeitskraft ersetzen, steht außer Frage. Aber dies bedeutet nicht das Ende der Arbeit, sondern einen Wandel der Arbeit.

Arbeit ist für die meisten Menschen weit mehr als das Geld am Ende des Monats auf dem Konto, mehr als reiner Broterwerb. Arbeit ist für sie auch identitätsstiftend. Deshalb muss der Ansatz das Recht auf Arbeit sein, die ordentlich bezahlt wird.

Es ist notwendig, dass wir nach einem Ersatz für Hartz IV suchen. Das Bedingungslose Grundeinkommen ist es für mich aber nicht.

Michael Müller, der regierende Bürgermeister von Berlin, hat vor einiger Zeit die Idee des Solidarischen Grundeinkommens vorgestellt. Das Konzept beinhaltet ein Recht auf Arbeit für alle die arbeiten wollen. Die notwendigen Jobs sollen Bund, Länder und Kommunen zum Mindestlohn zur Verfügung

stellen. Dabei sind noch einige Fragen ungeklärt, wie die Finanzierung, die Gefahr einen Niedriglohnsektor in öffentlicher Trägerschaft zu schaffen etc. Trotzdem geht das Konzept in die richtige Richtung, weil es Menschen freiwillige Arbeit anbieten will. Wer von dem Angebot nicht Gebrauch machen will, bleibt in der Grundsicherung.



Andrea Nahles arbeitet an einem Konzept für die Zeit nach Hartz IV. Bild: Werner Schuering

Andrea Nahles hat ein Bürgergeld vorgeschlagen. Damit soll nicht nur der unselige Begriff Hartz IV verschwinden. Das Bürgergeld soll jedem und jeder, eine selbstbestimmte Existenz garantieren. Es soll aber nicht an diejenigen ausgezahlt werden, die eh schon genug haben und auch denjenigen nicht den Weg versperren, die mehr brauchen. Grundsätzlich verändert werden soll die bisherige Sanktionspraxis in der Grundsicherung, die Angst verbreitet und kein Vertrauen in den Sozialstaat schafft. Auch hier sind noch jede Menge Fragen offen. Aber es ist endlich ein Beginn der überfälligen Diskussion zur Zukunft von Hartz IV, zur Zukunft des Sozialstaats. Wie soll der Sozialstaat der Zukunft aussehen, welche Forderungen, welche Erwartungen haben wir, welche Konsequenzen ziehen wir aus den Erfahrungen mit dem System Hartz IV? Antworten darauf sind vermutlich nicht nur für die Zukunft des gesellschaftlichen Zusammenhalts in diesem Land von entscheidender Bedeutung, für die SPD sind sie es sicherlich auch. Einige Gedanken dazu hat die AG „Arbeit und Soziales“ der SPD-Bundestagsfraktion [formuliert](#).



UN-Migrationspakt bringt Ordnung

Der UN-Migrationspakt hat in den letzten Wochen Wellen geschlagen, leider aus den falschen Gründen. Die Panikmache durch die AfD macht allein deswegen wenig Sinn, weil der Pakt im Kern bisher unregelter Migration ein klares Regelwerk entgegengesetzt. Er schafft weder Grenzen ab, noch räumt er jedem Mitmenschen dieser Welt das Recht ein, ohne Wenn und Aber nach Deutschland ziehen zu dürfen. Das Abkommen wurde nicht im Geheimen verhandelt – die Bundesregierung hat an seiner Konzeption mitgewirkt.

Ich habe der [Ratifizierung des Migrationspaktes](#) zugestimmt. Bei dem „Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration“, um ihn bei vollem Namen zu nennen, handelt es sich um ein internationales Abkommen, das Migration stärker steuern und die Rechte von Migranten schützen soll. Es geht dabei nicht um Flüchtlinge.

Die Staaten in den Vereinten Nationen haben sich vor zwei Jahren gemeinsam auf den Weg gemacht, diesen internationalen Pakt zu erarbeiten, weil die Probleme, die sich mit weltweiter Migration

verbinden, nur international gelöst werden können. Nationale Regelungen allein helfen hier nicht weiter. Zusammenarbeit ist nicht nur bei der geregelten Organisation von Migration gefragt. Vielmehr sollen durch Programme zur Armutsbekämpfung und zur Anpassung an klimatische Veränderungen, solche Migrationsgründe bekämpft werden. Um irreguläre Migration zu vermeiden, sollen Menschenhändler und Schlepperunwesen stärker bekämpft und Grenzkontrollen besser koordiniert werden. Gleichzeitig sollen die Mitgliedsstaaten mehr Wege für reguläre Migration schaffen – zum Beispiel durch Arbeitsmarktvereinbar oder Erleichterungen bei der Visavergabe.

Ohnehin sind die meisten Regelungen bereits im europäischen Recht enthalten und daher schon heute in Deutschland gültig. Der Pakt ist kein Vertrag und darum rechtlich nicht bindend. Unterm Strich arbeitet der Pakt auf eine geordnete und sichere Migration hin und liegt deshalb klar auch im Interesse Deutschlands.



Auch der letzten Besuchergruppe in diesem Jahr hat der Aufenthalt in Berlin sehr gefallen. Neben einem Gespräch mit mir und einem Besuch im Deutschen Bundestag standen andere politisch spannende Termine auf dem Programm. Wer Interesse an einer solchen Fahrt hat, kann sich gerne in meinen Wahlkreisbüros melden.



Arbeit ist mehr als Geld auf dem Konto

In den vergangenen Wochen habe ich mehrere Einrichtungen besucht, die Menschen neue Chancen ermöglichen. So habe ich die Arbeit des Vereins „Mit-Menschen“ in Witten und die „Kantinetti“, die inklusive Küche der „Quabed“ in der Wittener Annenstraße kennengelernt. Auch die Ev. Stiftung Volmarstein trägt viel zu Teilhabe durch Arbeit bei. Sie hat zum Beispiel zwei inklusive, vom Landschaftsverband befristet geförderte Betriebe aufgebaut: die „Integrations Dienste Volmarstein“, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter technische Produkte prüfen, sowie eine Wäscherei.



Im Gespräch beim Verein „Mit-Menschen“.

Die Einrichtungen stehen für neue Chancen: Bei „Mit-Menschen“ fangen die Brüder Achim und Karl Vogel Menschen wieder auf, die aus der Bahn geworfen wurden – weil sie krank wurden oder aufgrund einer persönlichen Krise. In diesem Kreis erleben viele das erste Mal in ihrem Leben Anerkennung und lernen, Verantwortung zu übernehmen, zum Beispiel beim Tischlern; Von der Werkbank zurück ins Leben sozusagen.

In der „Kantinetti“ bekommen Frauen und Männer mit Handicap eine Chance, in der Arbeitswelt Fuß zu fassen. Das klappt auch ziemlich gut. Die Schlange im Bistro zeigt: Es mundet.

In den beiden Betrieben der Volmarsteiner Stiftung haben mehr als die Hälfte der Beschäftigten ein Handicap.



Bei Kantinetti stimmt die Leistung; beim Essen und auch beim sozialen Engagement.

Für sie ist es die Chance, zum Beispiel nach einem Arbeitsunfall, wieder oder erstmals in der Arbeitswelt Fuß zu fassen. Die Stiftung Volmarstein leistet hier viel und richtet auch Arbeitsplätze nach den Bedürfnissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Dass die Leistungen – zum Beispiel der Integrationsdienste – verstärkt nachgefragt werden, zeigt, dass die Beschäftigten gute Arbeit leisten. Vielleicht ist das auch für andere Betriebe ein Ansporn, ebenfalls Menschen mit Handicap eine Chance zu geben.



In der Wäscherei der ev. Stiftung Volmarstein.

Ich wollte mit meinen Besuchen zeigen: Nicht jeder hat es leicht im Leben. Umso wichtiger ist es, dann unter die Arme zu greifen. Vielen Dank an alle engagierten Chancen-Geber.



Kurz und Knapp

Betriebsrat für Flugpersonal

Durch eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes haben wir erreicht, dass auch Flugpersonal künftig durch Betriebsräte vertreten wird. Der skandalöse Umgang des Billigfliegers Ryanair zeigt, wie notwendig dies ist.



Nun auch mit Betriebsrat im Gebäck. Bild: Propper, CC BY-SA 4.0

Mieterschutz

Die Mietpreisbremse wird verschärft. Nach einer Modernisierung darf die Monatsmiete nicht mehr als 3 Euro pro Quadratmeter innerhalb von sechs Jahren steigen – bei Mieten von bisher unter 7 Euro pro Quadratmeter nur um 2 Euro. Außerdem müssen Vermieter unaufgefordert darüber informieren, wenn eine Ausnahme von der Mietpreisbremse gemacht wurde. Mieterinnen und Mieter, die ihre Miete als unzulässig hoch – 10 Prozent oder mehr über der ortsüblichen Miete – einschätzen, können den Wucher einfacher rügen und zu viel gezahlte Miete zurück verlangen.

Betäubungslose Ferkelkastration

Die Regierungsparteien haben sich auf einen Kompromiss in der Frage um die Verlängerung der Ausnahmeregelung für betäubungslose Ferkelkastration geeinigt. Das Unions-geführte Bundeslandwirtschaftsministerium hat es in der vorgesehenen Zeit nicht geschafft, eine vernünftige Alternative zur betäubungslosen Ferkelkastration gesetzlich zu gestalten. Jetzt wurde ihm mehr Zeit eingeräumt, unter der SPD-Bedingung, dass die Lösung sich an hohen Standards orientiert. Meine persönliche Erklärung zu meiner Zustimmung zum Kompromiss findet ihr [hier](#) (Anlage 8).

Haushalt 2019

Der Bundestag hat einen sozialdemokratisch geprägten Bundeshaushalt beschlossen. So wird mehr Geld für Ganztagschulen und geringere KiTa-Gebühren aufgewendet. 4,1 Milliarden Euro werden in den Breitbandausbau investiert, 500 Millionen in Regionen, die sich im Strukturwandel befinden, wie z.B. das Ruhrgebiet. Dazu kommen stabile Renten und ein Sozialer Arbeitsmarkt. Gleichzeitig werden keine neuen Schulden aufgenommen.



Unterwegs...



Die Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales hatte vergangene Woche den Gesamtbetriebsratsvorsitzenden von „Real“ Werner Klockhaus (3.v.l.) zu Gast, um mit ihm über den geplanten Verkauf der Supermarkt-Kette zu diskutieren. Für die Beschäftigten bedeutet das vermutlich erhebliche Verschlechterungen.



Auch dank einer Petition an den Landtag, die ich gemeinsam mit meinem Hagener Kollegen René Röspel eingereicht hatte, dürfen die in ihrem Heimatland verfolgte Kirgisin Kulmira Bakonciewa und ihre Tochter Aysel in Deutschland bleiben. Zum Dank schenkte die studierte Ökonomin mir einen handgefertigten Hut aus ihrer alten Heimat.



Als Mitglied der Parlamentarier-Gruppe Südliches Afrika komme ich mit Vertretern dieser Länder in so manch ein interessantes Gespräch.



„Haltung zeigen – Demokratie verteidigen“ dazu hielt Martin Schulz ein flammendes Plädoyer im Hattinger Mauritius Dom. Auf meine Einladung war er zu Gast beim ökumenischen Dorfgespräch.





Gemeinsam mit meinem Kollegen Axel Schäfer (l.) habe ich Jubilare in seinem Ortsverein in Bochum-Querenburg für langjährige Treue zur SPD geehrt.



Nach einem arbeitsreichen Jahr hat die AG Arbeit und Soziales noch mal die Puppen tanzen lassen.



Vor Weihnachten gab es nochmal Hausbesuche, zum Beispiel in Hattingen mit der stellvertretenden Bürgermeisterin Margret Melsa.



Vorlesen in der Grundschule Börgersbruch in Sprockhövel. Im Gepäck „Räuber Hotzenplotz“. Ein kleiner Beitrag, Kinder zum Lesen zu animieren. Man sieht: Die Kinder waren ganz angetan und mir hat's wieder mal Riesenspaß gemacht.



... in Sachen Rente und guter Arbeit



Die Agentur fischerAppelt hatte mich zu ihrem Hauptstadtgespräch gebeten, um über die Rente der Zukunft zu sprechen. Spannende Diskussion, mit engagierten jungen Leuten.



Auch in Bayern sorgt man sich um eine gute Rente. Mein Fraktionskollege Bernd Rützel hatte mich nach Würzburg eingeladen, um zu berichten, was die SPD dafür tut.



In Hagen diskutierte ich gemeinsam mit meinem Kollegen René Röspel über den Sozialen Arbeitsmarkt. Über diesen Weg wollen wir Langzeitarbeitslose wieder eine Chance auf Beschäftigung und damit gesellschaftliche Teilhabe verschaffen.



Gute Arbeit mit all ihren Facetten war das Thema einer gemeinsamen Veranstaltung mit Dirk Vöpel, MdB, in Oberhausen. Wie sieht gute Arbeit im digitalen Zeitalter aus? Haben Langzeitarbeitslose künftig bessere Chancen auf einen Job?



KAPSCHACK DIREKT

KONTAKT BERLIN

PLATZ DER REPUBLIK 1

11011 BERLIN

TELEFON:

030-22775601

KONTAKT WAHLKREIS

ANNENSTR. 8

58453 WITTEN

TELEFON:

02302-2779444

BAHNHOFSTR. 24

45525 HATTINGEN

TELEFON :

02324-501690

E-MAIL:

RALF.KAPSCHACK@BUNDESTAG.DE

ONLINE:

WWW.RALF-KAPSCHACK.DE

FACEBOOK.COM/ESGEHTUMGERECHTIGKEIT

Bürgersprechstunde

am 07. Januar 2019

um 16.00 – 18.00 Uhr

in Witten

und

am 25. Januar 2019

um 16.00 – 18.00 Uhr

in Hattingen

